Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatl. 50 ₰, ¹/₄jährl. 1.50 ℳ pränum. freiins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatl. 10 ₰, ¹/₄jährl. 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ¹/₂10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6845.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Bölbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 16. Halle a. S., Donnerstag den 19. Januar 1893. 4. Jahrg.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag überwies am Dienstag die Branntweinsteuervorlage, gleich ihrer Vorgängerin, der Brausteuernovelle, der Militärkommission. Die Beratung nahm noch ziemlich vier Stunden in Anspruch, obwohl das Interesse an der Sache, wie aus der Physiognomie des Hauses hervorging, sichtlich erlahmt war. Am Mittwoch werden die Herren Ackermann, Hitze und Genossen den Versuch machen, durch allerlei hübsche Anträge auf Rückwärtsrevidierung der Gewerbeordnung in die bereits durch allerlei „Novellen" stark erschütterte Gewerbefreiheit einen neuen Keil hineinzutreiben.

In dem Reiche des Herrn von Stephan ist schon wieder ein Vorstoß gegen den Verband deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten gemacht worden. Von der kaiserlichen Oberpostdirektion in Düsseldorf ist an die Postämter ein Rundschreiben hinausgegangen, in welchem darauf hingewiesen wird, daß schon in früheren Bescheiden die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die in Betracht kommenden Beamten im Bewußtsein ihrer Beamtenstellung und ihrer Beamtenpflicht dem Verbande fernbleiben sollten. Sodann sei die Gefährlichkeit und Verwerflichkeit, nicht minder auch die Strafbarkeit der Bestrebungen des Verbandes in verschiedenen Verfügungen zur allgemeinen Kenntnis gebracht worden, ebenso wie die Entlassung des früheren Postassistenten Funk, weil er Schritte gethan hatte, um in umfangreichem Maße, entgegen den klar ausgesprochenen Absichten seiner vorgesetzten Dienstbehörde, für die Ausbreitung des Assistenten-Verbandes zu wirken ꝛc. ꝛc. Trotz alledem sei der Verband im Düsseldorfer Bezirke wieder in der regsten und vermessensten Weise in Thätigkeit. Das Rundschreiben schließt mit den Worten:

Ein solches Treiben kann nicht geduldet werden. Ich wünsche zunächst den Beteiligten einzeln die schleunigste Umkehr eindringlichst zur Gewissenssache zu machen. Zu diesem Zwecke soll jedem Verbandsmitgliede Vorstehendes verhandlungsschriftlich vorgehalten und seine Erklärung zur Sache entgegengenommen werden. Wer indessen agitatorisch thätig war, also seine Dienstpflichten verletzte, hat sich hierüber auch gleichzeitig zu verantworten.

Wie ich in Erfahrung gebracht habe, ist der Postassistent ..... Mitglied.

Die entstehende Verhandlungsschrift ist hiermit vorzulegen.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.
Geh. Ober-Postrat Köhne.

Der „Vorwärts" bemerkt hierzu unter anderem: Hoffentlich wird im Reichstag auch dieses Rundschreiben zur Sprache kommen und wird Herr v. Stephan das Vorgehen der Postdirektionen zu rechtfertigen haben, und hoffentlich wird sich der Reichstag nicht durch ausweichende Redensarten, wie sie in der vorigen Session von Herrn Reichs-Postdirektor Fischer vorgebracht wurden, zufriedenstellen lassen.

Man möchte fast meinen, daß es für die **Polizei gar keine Gesetze** giebt, wenn man sich den folgenden Vorfall aus einer Arbeitslosenversammlung in Dortmund, in welcher die Arbeitslosenkommission der Versammlung den klassischen Bescheid des Oberbürgermeisters, daß es in Dortmund gar keinen Notstand gäbe, überbrachte, betrachtet. Als ein Redner in jener Versammlung Veranlassung nahm, die Versammlungsberichte der gegnerischen Blätter zu besprechen, sprach der bekannte Polizeiinspektor Richard wiederholt dazwischen. Die „Rh.-Westf. Arbeiterztg." berichtet nun weiter:

Alles zur Ruhe ermahnen des zweiten Vorsitzenden half nichts, der Inspektor ließ sich in seinem Redefluß absolut nicht stören und schien er es ganz besonders übel zu nehmen, daß verlangt wurde, er solle sich wie jeder andere Redner zum Worte melden!!! „Ich erkläre die Versammlung für aufgelöst und fordere Sie auf, innerhalb 2 Minuten das Lokal zu verlassen," rief er mit Stentorstimme in die Masse hinein. Als einige ihrer berechtigten Entrüstung in einigen Pfuirufen Luft machten, sprang er auf und schrappte sich einen der vermeintlichen Rufer weg mit den Worten: „Das wäre noch schöner, wenn der überwachende Beamte auch noch ums Wort bitten sollte. Ich werde dafür sorgen, daß überhaupt keine Versammlung mehr stattfindet." — Dieser Beamte hat sich schon wiederholt in der aller offenbarsten Weise gegen Recht und Gesetz vergangen und hat damit gezeigt, daß er sich zu dem wichtigen Posten eines Polizeiinspektors entschieden nicht qualifiziert. Ob die vorgesetzten Beamten des Inspektors Richard den letzteren zurechtweisen werden? Wir hoffen das bestimmt, wenn anders wir nicht annehmen sollen, daß die Polizei über dem Gesetze steht!

Aus den Ferienkolonien. In Erlangen wurde wegen Soldatenmißhandlungen, wie Treten auf die Zehen, Stoßen mit dem Kolben gegen die Schienbeine u. dergl., gegen mehrere Unteroffiziere und Vizefeldwebel das Strafverfahren eingeleitet. — Es dürfte damit wieder einmal klar gemacht werden, daß die Soldaten vielfach unmenschlich behandelt werden.

Der Wanderprediger des Zentrums, Herr Dr. Lieber, ist vom Grafen Ballestrem bekanntlich sinngemäß mit dem „Engel des Herrn", der durch alle Lande zieht, verglichen worden. Daß Herr Dr. Lieber indessen nicht auf alle katholischen Gemüter einen engelhaften Eindruck macht, lehrt die kernige Apostrophe, welche Dr. Sigl dem ultramontanen Donnerredner widmet: „Er sollte einmal nach München kommen, der Commis voyageur des Zentrums. Da fliegt ihm alles entgegen, — sogar die Maßkrüge, natürlich wenn sie geleert sind."

Wohl bekomm's dem Reise-Engel des Zentrums!

Graf Kanitz plaidirt für eine **Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes.** Von dem Abg. Grafen Kanitz ist im Abgeordnetenhause folgender Antrag eingebracht worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königl. Staatsregierung zu ersuchen, in den herkömmlichen Aufwendungen für die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes eine Beschränkung nicht eintreten zu lassen." — Die Herren Agrarier sind stets gegen die Erweiterung des Netzes der Eisenbahnen gewesen, weil diese Einrichtung auch den ländlichen Arbeitern zu gute kommt, da dieselben mit Leichtigkeit aus der einen Provinz nach der anderen, in welcher die Arbeitsbedingungen bessere sind, sich begeben können. Es wäre nun nicht uninteressant, zu wissen, ob der Herr Graf Kanitz, der bekanntlich im Schweiße seines Angesichts sein Schindeldach bauen muß, das Verkehrsmittel der Eisenbahnen allen Staatsbürgern zu gute kommen lassen will. Man möchte dies fast annehmen, denn andernfalls hätte doch der Herr Graf seinen Antrag nach dieser Richtung hin erweitern können. Was würden aber dazu die konservativen Leidensgefährten des Herrn Grafen sagen? Jedenfalls darf man auf die Begründung des Herrn Grafen gespannt sein.

Eine „Feier des 22. Gedenktages der Wieder-Errichtung des Reiches" begingen am 17. Januar die Spitzen des tugendsamen Leipzig. Selbstverständlich wurde dabei hochpatriotisch festgeredet und toastet. Von dem in aller Munde befindlichen Welfenfondsskandal, dem durch den Militarismus geschaffenen Druck auf Handel und Wandel, dem kolossalen Notstande u. s. w. — Erscheinungen, die im großen und ganzen auf das Konto der Gründung des Deutschen Reiches zu setzen sind, von allen diesen brennenden Fragen haben die Leipziger Anhänger der Fraktion Drehscheibe in ihrem patriotischen Rausch keine blaue Ahnung. Die Teilnehmer geberdeten sich so patriotisch und tugendboldig, als gäbe es in Leipzig gar keinen Skandalprozeß.

— Die Bergarbeiter im Ruhrrevier stellen folgende Forderungen: 1. Achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, 2. 25 pCt. Lohnerhöhung, für sämtliche Arbeiter unter und über Tage, 3. Beseitigung des Instituts der Oberältesten, sowie Reform und Selbstverwaltung der Knappschaftskasse, 4. Wahl von Arbeiter-Ausschüssen auf Widerruf von seiten der Arbeiter, 5. Anlegung aller früher Gemaßregelten und Unterlassung weiterer Maßregelungen, 6. Ungültigkeitserklärung der neueingeführten Arbeitsordnung.

Heiligenstadt, 17. Jan. Gegen den Redakteur der „Eichsfeldia", Andreas Künemund, stand am Sonnabend Verhandlungstermin an wegen Beleidigung des Staatssekretärs Dr. v. Stephan und der Reichspostverwaltung. Die Beleidigung sollte in einer Kritik liegen, welche die Sammlungen für die von der Cholera betroffenen Beamten in Hamburg bei den Beamten und Unterbeamten der Reichspostverwaltung erfahren hatten. In der Verhandlung betonte der Staatsanwalt auf Grund eines Schreibens des Herrn von Stephan wiederholt, daß die Postverwaltung vorher und auch ohne Sammlungen genügend für die von Cholera betroffenen Beamten gesorgt habe. Die Staatsanwaltschaft beantragte 300 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte auf 30 M. (Die Verhandlung zeigt, daß auch nicht-sozialdemokratische Blätter über die Bettelei zu gunsten der von der Cholera schwer betroffenen Hamburger Postbeamten scharf geurteilt haben. Das sei der Halle'schen Staatsanwaltschaft zur Beachtung empfohlen. Red. d. V.)

— Der Brüsseler Stadtrat beschloß, einer Meldung der „Voss. Ztg." zufolge, ein Referendum über die Frage

---

10] **Jolly Morrison.**

Roman von Frank Barett.

Autorisierte Uebersetzung von A. Geisel.

(Fortsetzung.)

[Nachdruck verboten.]

Folly leistete der Aufforderung Folge und während sie sich in den Kaminwinkel drückte, um den Portier nicht zu hindern drangen entfernte Musikklänge an ihr Ohr. Hier und da vernahm sie auch Stimmengewirr; der Portier bekümmerte sich nicht weiter um sie, denn er hatte beständig Rede und Antwort zu gehen. Bühnenmitglieder gingen ab und zu, Bedienstete und Theaterarbeiter verlangten diese oder jene Auskunft; dann kam eine in einen dunkeln Mantel gehüllte, dichtverschleierte Dame und flüsterte mit dem Portier, bevor sie die zu dem Ankleidezimmer führende Treppe betrat.

„Das war Fräulein Duprez," sagte der Portier, zu Folly gewandt.

„Fräulein Duprez — wer ist das?"

„Ei — unsere Kolombine — hast Du noch nie von ihr gehört?"

„Nein — seit Jahren weiß ich nichts mehr vom Theater — früher hörte ich viel davon reden."

„Und doch willst Du zur Bühne — bist Du denn überhaupt schon auf einer solchen gewesen?"

„Nein, niemals."

„So sag mir ums Himmelswillen, wie Du darauf kommst, hier ein Engagement suchen zu wollen?" rief der Portier, entsetzt ob solcher Kühnheit.

„O — ich kann tanzen!"

„Hm, wird was Rechtes sein! Wenn ein Leierkasten auf der Gasse spielt, tanzt schließlich jeder, aber hier — —"

„Nein — ich kann Ballet tanzen. Mein Vater, das heißt mein Pflegevater, gehörte früher der Bühne an. Er war ein berühmter Tänzer und er lehrte mich Ballet tanzen."

Folly seufzte, als sie an die schönen Kinderjahre dachte und dann nahm sie den Hut ab und strich sich das Haar aus der Stirne. Das Gaslicht fiel voll auf die üppigen Haarmassen und ließ dieselben metallisch aufleuchten; das Haar war dunkler geworden und dadurch hob sich der milchweiße, zarte Teint des Gesichts und des Nackens noch vorteilhafter aus der lockigen Umrahmung. Fest zusammengedreht und in Gestalt einer Krone auf dem Hinterkopf befestigt, erschienen die schimmernden, funkelnden Strähne fast zu schwer für die schlanke Gestalt.

„Na, Dein Haar kann sich sehen lassen," murmelte der Portier.

„Wenn ich es offen herabhängen lasse, kann ich mich darauf setzen," warf Folly gleichmütig hin.

„Also Dein Pflegevater war Tänzer?" begann der Portier nach einer Weile wieder.

„Ja; er tanzte den Harlekin und meine Pflegemutter die Kolombine."

„Wie hieß sie?"

„Marie la Rose Fernandez."

„Was Du nicht sagst — Tom Fernandez war Dein Pflegevater — ich war früher am Drurylane-Theater und habe sie beide gut gekannt. Bei dem Eisenbahnunglück in Waybridge fanden beide ihren Tod, nicht wahr?"

Folly bejahte und spielte nervös mit ihren kleinen Fingern, während der Portier sie mit neuem Interesse betrachtete.

„Weißt Du, daß wir eigentlich alte Bekannte sind?" sagte er jetzt, indem er seinen Stuhl näher zum Feuer rückte. „Du mußt das nämliche kleine Mädchen sein, welches ich bei einem Besuch in Toms Haus in Chorsey sah — eigene Kinder hatte er doch nicht, soviel ich weiß?"

„Nein," sagte Folly leise.

„Damals sah ich Dich tanzen und als ich Tom fragte ob Du zur Bühne kämst, sagte, er, das habe noch lange Zeit. Aber wie ist mir denn? Tom ließ doch damals eine Andeutung fallen, Du solltest ihn beerben, und wenn ich Dich jetzt so anschaue . . . nimm mir's nicht übel, aber . . ."

„Die Verwandten haben alles bekommen," versetzte Folly finster.

„Ah — der Bruder und die saubere Frau Schwägerin?"

„Ja wohl — das Weib ist ein Teufel!" rief Folly blitzenden Auges.

„Ei, Du scheinst ja Frau Peter Fernandez sehr genau zu kennen," lächelte der Portier.

„Leider Gottes — und ich könnte ihr kalten Blutes den Hals umdrehen."

„So haben sie Dich um alles gebracht?"

„Um alles, und dann hüllten sie mich in Lumpen, ließen mich arbeiten, bis mir das Blut unter den Nägeln hervorsprang und gaben mir nicht satt zu essen. O, wenn ich dem Weib alles heimzahlen könnte, was sie mir angethan!"

Der Portier überlegte eine Weile, dann fuhr er fort:

„So kamst Du also zu ihnen, als Deine Eltern verunglückt waren?"

„Ja. Dem Londoner Advokaten, bei welchem meine Pflegeeltern ihr Testament machen wollten, mußten sie weiß, sie würden mich halten, wie ihr eigen Kind, und dann behandelten sie mich so niederträchtig!"

„Und da liefst Du ihnen endlich davon?"

„Ja; ich hätte es schon früher gethan, wenn ich Geld gehabt hätte. Der Mann war ordentlich gegen mich; wenn es seine Frau nicht sah, schenkte er mir mitunter ein kleines Geldstück, damit ich mir Obst kaufen könne, aber ich hob das Geld auf und als ich genug hatte, lief ich davon.

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930119-13/fragment/page=0001

zu veranstalten, ob das **allgemeine Stimmrecht** eingeführt werden soll.

Soziale Uebersicht.

Es giebt keinen Notstand. In Dortmund wählte eine Arbeitslosen-Versammlung eine Kommission, welche den Auftrag erhielt, bei dem Magistrat vorstellig zu werden, um denselben zu veranlassen, durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten den Arbeitslosen lohnenden Verdienst zu schaffen und dem herrschenden Elend zu steuern. In der Audienz, die der Herr Oberbürgermeister Schmieding der Kommission gab, hörte derselbe die Delegation an und ließ darauf seine bürgermeisterliche Weisheit wie folgt vernehmen:

„Zuerst muß ich Ihnen bemerken, daß ich Sie nicht als Vertreter der Arbeitslosen — „sogenannten" Arbeitslosen ansehe. Uebrigens geschieht von den städtischen Behörden alles, um Arbeitsuchende zu beschäftigen. Die von uns angestellten Ermittelungen haben nach Maßgabe der Verhältnisse ergeben, daß ein Notstand, wie Sie ihn darstellen, nicht existirt. Hiermit sind Sie entlassen."

Nach berühmten Mustern hat also der Oberbürgermeister von Dortmund als Vertreter des Magistrats erklärt, daß ein Notstand „nach Maßgabe der Verhältnisse" nicht existirt. Die Arbeitslosen Dortmunds werden sich demnach wohl geirrt haben — es existirt eben kein Notstand.

Schamlose Arbeiter-Ausbeutung. Unser Düsseldorfer Parteiorgan berichtet über eine Verhandlung des Duisburger Gewerbe-Gerichtes, die ein eigentümliches Licht auf das Gebahren mancher Arbeitgeber wirft. Wie aus der Verhandlung hervorging, wandte sich, als im Sommer 1889 die Notlage der schlesischen Weber allgemein erörtert wurde, die Duisburger Firma R. Schönstedt an einen Landrat des schlesischen Weberdistriktes um Arbeiter für ihre mechanische Weberei. Der Landrat verwies die Firma an den Ortsvorsteher von Leutmannsdorf, der mehrere Familien, die sich auf 3 Jahre verpflichten mußten, zur Uebersiedelung nach Duisburg bewog. Versprochen wurde bei ausschließlicher Akkordarbeit ein Lohn von 2.50 Mark, 3 Mark, ja 4 Mk. und darüber. Erhalten haben sie bei fleißiger Arbeit täglich nur 1.70 bis 2 M. und davon wurden ihnen wöchentlich noch 2.50 M. für die verauslagten Reisekosten abgezogen. Das Gewerbegericht verurteilte die Firma, dem klagbar gewordenen Weber einen Tagelohn von 2.50 M. seit dem 1. Juli 1892, an welchem Tage die Klage erhoben worden war, zu bezahlen. In diesem Falle hätte die Staatsanwaltschaft alle Ursache, gegen solche Betrügereien vorzugehen.

Wer teilt? Nach dem Berichte des englischen Handelsministeriums betrug in Großbritannien der Ertrag der Arbeit im Jahre 1891 nicht weniger als rund 15 Milliarden Gulden. Die Arbeiter erhielten hiervon an Lohn rund 4 Milliarden Gulden. Das übrige steckten die Kapitalisten in die Tasche, weil sie so gräßig waren, ihre Maschinen in Betrieb zu setzen. Die 11 Milliarden, das ist der Hungerlohn einiger weniger Unternehmer, die 4 Milliarden die Riesensumme, die Millionen von Arbeitern rein zum Verpassen und Verschlemmen bekommen. Wer teilt also? Selbstverständlich die Sozialisten, die Arbeiter.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 16. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Branntweinsteuernovelle.

Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn: Der Zweck der drei vorgelegten Steuervorlagen ist ein rein finanzieller. Es sind in der Presse Mißverständnisse darüber entstanden, weil ich bei der Beratung der Brausteuervorlage sagte, es sei nicht der Zweck, eine Steuerreform im großen Stile anzubahnen. Daran hatte ich bei meiner Aeußerung nicht gedacht, und eine derartige Absicht besteht auch nicht. Wenn ich sagte, das Gesetz sei nicht bestimmt, eine Finanzreform im großen Stil einzuleiten, so wollte ich damit motivieren, weshalb wir von einer Aenderung des bestehenden Systems abgesehen haben. Im Laufe der Zeit ist der Uebelstand immer mehr hervorgetreten, daß in dem finanziellen Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten starke Schwankungen sich geltend machten. Die Schwankungen, unter denen die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten gelitten haben, liegen nicht darin, daß die Etatsansätze hinsichtlich der Matrikularbeiträge und der Ueberweisungsbeiträge erheblich geschwankt hätten, sondern darin, daß bei den Ueberweisungen aus der Klausula Franckenstein unverhältnismäßig hohe Beträge über den Etat hinaus den Einzelstaaten zugeflossen sind. Ich bin sehr zweifelhaft, ob die in der Militärvorlage angegebenen Mehrkosten, die sich in späterer Zeit geltend machen werden, eine Erhöhung der zur Zeit bestehenden oder von uns geforderten Einnahmen notwendig machen werden. Auch bei der Branntweinsteuer steht der finanzielle Gesichtspunkt obenan. Wir rechnen auf eine Mehreinnahme von 12½ Millionen. Wir haben geglaubt, daß man dem Branntwein eine solche Belastung auferlegen kann, obwohl es sich hier um ein Produkt handelt, das vorzugsweise von der ärmeren Bevölkerung konsumiert wird. Für die Beibehaltung der Spannung von 20 Mark ist vorzugsweise das Verlangen der süddeutschen Regierungen maßgebend gewesen, die erklärten, daß sie seinerzeit in die Branntweinsteuergemeinschaft eingetreten sind, unter der Bedingung, daß es bei dem Satz von 20 Mark bleibe. Deshalb hat die preußische Regierung ihren ursprünglichen Plan fallen lassen und wir haben in Uebereinstimmung mit ihr den Satz von 20 Mark für absehbare Zeit festgesetzt.

Abg. Siegle (natl.): Die Begünstigung ist allerdings bei den Brennereien mit großem Kontingent eine größere, als bei den kleineren. Der Abänderung der Vorlage, welche für große Brennereien ein Maximum festsetzt, stimmen wir deshalb zu. Die Vorlage muß im Zusammenhange mit der Militärvorlage betrachtet werden. Die ungünstige Stimmung gegen letztere ist nicht sowohl wegen ihres Kerns und ihres Inhalts entstanden, mit dem vielfach Einverständnis herrscht, sondern wegen der Art und Weise, in welcher die Lasten aufgebracht werden sollen. Man nimmt besonders Anstoß an den indirekten Steuern, und als eine solche stellt sich auch die Branntweinsteuer dar. Die Erhöhung derselben um 5 Pf. für das Liter wirkt geradezu wie eine Kopfsteuer und erscheint um so drückender, als dadurch ein Konsumartikel der unbemittelten Klassen verteuert wird, während die Großgrundbesitzer durch Bestehenlassen der 20 M.-Differenz gar keine Benachteiligung erfahren. Von diesem Gesichtspunkte aus wird die Frage in der Kommission zu erörtern sein.

Abg. Dr. Witte (freis.): Es herrscht noch völlige Unklarheit und Unkenntnis darüber, wie das Gesetz auf den Betrieb der Branntweinindustrie wirken wird, diese Wirkungen müssen doch zu allererst festgestellt werden. Es ist kein Zweifel, daß durch die Vorlage der Preis für das Hektoliter Branntwein, ein Getränk, das ein notwendiger Konsumartikel des Volkes ist, um 5 M. erhöht wird. Die Liebesgabe jedoch, d. h. die Differenz von 20 M. zwischen kontingentierten und nicht kontingentierten, bleibt bestehen. Dasselbe Resultat, das man jetzt durch die Erhöhung der Branntweinsteuer erhält, würde man durch entsprechende Verminderung oder Aufhebung der 20 M.-Differenz ebenfalls erreichen. Also bedarf es keiner Erhöhung der Steuer zur Erhöhung der Einnahmen. Wir können daher für diese Steuererhöhung nicht stimmen. Die Steuer von 1887 hat nichts genützt, denn während der Preis für Branntwein bis 1887 immer heraufging, sank er seitdem in jedem Jahre tiefer. Dieser Preissturz ist nur eine Folge der kolossalen Produktionssteigerung, die sogar bei schlechter Kartoffelernte sich bemerkbar macht. Wie soll das erst werden, wenn wir eine Reihe guter Kartoffelernten haben? Das ist aber ebenso eine Konsequenz des Gesetzes wie es eine Konsequenz desselben ist, daß thatsächlich aus den Taschen der Steuerzahler 40 Millionen in die Taschen der Brenner fließen. In Konsequenz des Gesetzes sind die Brenner gezwungen, ihr Kontingent vollständig abzubrennen und noch weit darüber hinauszugehen, um dieses großen Kontingentes im nächsten Jahre sicher zu sein. Dadurch entsteht ein Uebermaß von Produktion, so daß nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage der Preis heruntergeht. Durch eine solche unvernünftige Gesetzgebung verdirbt man die Landwirtschaft und die Brennerei.

Die Zeit wird kommen, wo auch die Herren auf der rechten Seite dem beistimmen. Giebt es etwa jemand unter Ihnen, der mit dem Gesetze zufrieden ist? Jede Freiheit des wirtschaftlichen Betriebes ist Ihnen ja genommen. Sie können nicht einmal Sammelgefäße aufstellen, bevor Sie die behördliche Genehmigung, die noch dazu widerruflich ist, haben. Sie sollten einmal sehen, wie sich das Gewerbe entwickeln würde, wenn es von allen Hindernissen und Hemmungen befreit würde! Sie befinden sich ja gegenüber den Behörden in einem rechtlosen Zustand, während man doch annehmen sollte, daß Ihnen auf diesem Gebiete wenigstens die Freiheit erwünscht sei. Es ist nicht länger möglich, daß die landwirtschaftlichen Brennereien sich von dem gesamten deutschen Volke 40 Millionen geben lassen. Der Tag muß sicher kommen, wo man auch im Brennereigewerbe wieder zu gesunden Grundsätzen kommt. (Beifall).

Bayrischer Finanzminister Frhr. v. Riedel: Die Zahl der Brennereibetriebe betrug in ganz Deutschland 90000, die der landwirtschaftlichen Betriebe allein gegen 60000. Darüber läßt sich doch nicht streiten, daß die landwirtschaftlichen Brennereien eine größere Fruktifizierung des Bodens ermöglichen. Dies ist aber der Gesichtspunkt, auf den die verbündeten Regierungen das Hauptgewicht legen. Demgegenüber ist die Mehrbelastung eine äußerst geringe. Die Besürchtung, daß der Branntweinkonsum bei Erhöhung der Branntweinsteuer geringer werden wird, teile ich nicht; denn in den Staaten, in denen der Branntwein doppelt so hoch besaßtet ist, ist der Konsum nicht geringer geworden.

Nun hat man von einem Geschenk von 40 Millionen an die Brenner gesprochen. Wenn ein solches Geschenk bestände, dann müßte jeder Brenner, der 100 Hektoliter brennt, 2000 M. und einer, der 600 brennt, 10000 M. bekommen. Davon aber haben die Süddeutschen nichts bemerkt.

Eine Liebesgabe bekommt der Brenner also garnicht, sondern der Konsument. (Lachen links.) Lachen Sie nur, aber lassen Sie mich ausreden. Der Trinker zahlt etwas mehr, die Industrie aber, die den Branntwein zu gewerblichen Zwecken braucht, zahlt weniger. Ferner hat nicht der große Brenner von der Differenzierung des Steuersatzes einen Vorteil, sondern der kleinere oder mittlere Brenner, der nicht über sein Kontingent oder nicht wesentlich darüber hinausgeht, während der große Brenner mit der Ueberschreitung des Kontingents ein sehr großes Risiko übernimmt. (Beifall rechts.)

Das Gesetz von 1887 hat den kleinen und mittleren Brennereien zur Unterstützung gereicht. Wenn man die Differenz beschränkte, würde der wilde Konkurrenzkampf von neuem ausbrechen. An der Brennerei an sich haben die verbündeten Regierungen kein Interesse, sondern nur daran, daß die Landwirtschaft gestärkt, und der heimische Boden noch Kräften ausgenutzt wird. (Beifall rechts). Wenn Sie das unmöglich machen, dann werden Sie die kleineren und mittleren Brennereien befestigen. Aus diesen Gesichtspunkten möchte ich Sie bitten, das Gesetz in möglichst unveränderter Form anzunehmen und nicht an den Grundlagen zu rütteln, bis es gelungen ist, etwas Besseres zu schaffen. (Beifall rechts.)

Schatzsekretär Frhr. v Maltzahn: Es ist eine Denkschrift über die Wirkungen, welche die Vorlage möglicherweise haben könnte, gewünscht worden. Dieser Gegenstand ist bei der Beratung der letzten Novelle so eingehend erörtert worden, daß eine Denkschrift im wesentlichen nur eine Reproduktion der damaligen Reichstagsverhandlungen gewesen wäre. Wenn man die Vorlage als eine Kalkulatorarbeit bezeichnet hat, so erkennt man damit doch wenigstens an, daß die Rechnung gut ist.

Württembergischer Bevollmächtiger, Minister v. Moser: Im Jahre 1881 hatte Württemberg 8791 Brennereibetriebe. Dieselben sind so außerordentlich klein, daß nur 54 mehr als 20 Hektoliter brennen. Deshalb sind auch wir für die Kontingentierung und die Beibehaltung der Differenz von 20 M. Auch wir erkennen, daß das Brennereigewerbe geschützt und gefördert werden muß zur Nutzbarmachung und Melioration des heimischen Bodens.

Abg. Holtz (Reichsp.): Die Landwirtschaft steht dieser Vorlage mit großer Sorge entgegen, da ihre Annahme wohl geeignet ist, den Konsum wesentlich zu beschränken und infolgedessen der Landwirtschaft ihr Absatzgebiet zu schmälern. Aus der schlechten Lage der Landwirtschaft und des Handels ergiebt sich die Opposition gegen die Militärvorlage, die sich in die Worte zusammenfaßt: Das Volk kann die Lasten nicht mehr tragen. Ich hoffe, daß die Regierung bei künftigen Handelsverträgen den Ausland gegenüber unsere Interessen energischer vertreten wird.

Zu den belasteten Artikeln gehört der Branntwein. Der mäßige Branntweingenuß ist aber viel nützlicher, als der unmäßige Biergenuß. Wenn wir trotzdem der Erhöhung zustimmen, so geschieht es, um die Deckungsmittel für die Erhaltung der Wehrhaftigkeit des Landes zu gewähren. An dem Differenzsatz von 20 M. müssen wir aber unbedingt festhalten. Ich beantrage, die Vorlage der Militärkommission zu überweisen, in welcher sie einer gründlichen Prüfung unterzogen werden muß.

Abg. Frhr. v. Gagern (Zentr.): Die Gegner der heutigen Branntweinsteuergesetzgebung gehen immer von dem falschen Gesichtspunkt aus, daß die Branntweinindustrie ein selbständiges Gewerbe ist. Sie ist aber in Wirklichkeit nur ein Hilfsgewerbe der Landwirtschaft, ohne welches dieses nicht bestehen kann.

Abg. Wurm (soz.): Die Branntweinsteuer-Gesetzgebung wird immer vom agrarischen Standpunkt betrachtet, aber agrarische Gesichtspunkte und Volksernährung stehen heute im Deutschen Reich im krassesten Widerspruch, und zwar gerade dadurch, daß die Branntweinsteuer den Kartoffelbau künstlich züchtet zum Unglück für das Deutsche Reich. Friedrich der Große hat seinerzeit Schlesien gewaltsam dazu gezwungen, Kartoffeln zu bauen, nach und nach mußten auch die anderen Provinzen nachfolgen; doch hat die Einführung der Kartoffel unsere Volksernährung wesentlich verschlechtert. Die Kartoffel hat einen geringeren Nährwert, als die sonstigen Nahrungsmittel, sie ist zu voluminös und sättigt zu schnell, was allerdings für viele Leute ein Vorzug ist. Das Kilogramm Stärke in der Kartoffel kostet 33 Pf., im Brot 40 Pf., ist also nicht viel teurer, aber das Brot ist deswegen teurer, weil der arme Mann davon mehr essen muß, als von Kartoffeln, um gesättigt zu werden. Wenn das Volk aber stark erhalten werden soll, so ist die Kartoffelnahrung nicht ausreichend. Der Kartoffelbau soll die Ausdehnung der Landwirtschaft ermöglicht haben. Das ist richtig. Aber davon hat das Volk keinen Vorteil gehabt; denn die Löhne sind in Gegenden, wo der Kartoffelbau vorherrscht, die niedrigsten. Der Export von Spiritus ist in rasender Schnelligkeit zurückgegangen, die Agrarier verlangten einen Schutzzoll und Aufsperrung der Produkte. Das Ausland wies darauf den kontingentierten Spiritus zurück und die Folge war, daß der Export von 100 auf 8 Millionen zurückging. Das Sinken des Exportes ist für die, die sich auf großem Fuße eingerichtet hatten, von ganz gewaltigem Schaden gewesen. Die Großbetriebe haben gar keinen freien Willen mehr, sie müssen brennen. Die Folge war, daß der Markt überschwemmt wurde und die Preise für den Spiritus sanken. Da sollte die Regierung helfen, indem sie die Interessen der Brenner wahrte, dadurch, daß sie ihre Produktion einschränkte; das war die Aufgabe der Kontingentierung, nicht als Strafe für die Brenner wurde diese eingeführt, sondern zu ihrem Nutzen, damit sie verständen, ihre eigenen Interessen zu wahren und nicht produzierten über das Maß dessen, was der Markt bedarf. Daß das die Herren aber noch heute nicht verstehen, zeigt eine Zuschrift im „Hannov. Kourier", in der es heißt: Zahlreiche Brennereien haben nach Einführung des neuen Branntweinsteuer-Gesetzes ihr Bestreben darauf gerichtet, durch Preisangebote, bei welchen der Betrieb nicht rentabel ist und auf die Dauer nicht haltbar sein wird, den Kreis ihrer Abnehmer auf Kosten ihrer Konkurrenten zu erweitern. Dieses Kunststück haben die Brenner, bevor die Kontingentierung bestand, gemacht, und machen es noch heute. Das ist das Wesen unserer heutigen kapitalistischen Produktionsweise: Hier stehe ich, mach', daß Du wegkommst, wenn Du nicht gehst, drück' ich Dich, daß Du quietschst! Es wird immer von der Notwendigkeit der Brennereien für die Landwirtschaft gesprochen. Es ist aber bekannt, daß 92 pCt. der Produktion von 16 pCt. der Brennereien hergestellt wird, die übrigen 84 pCt. der Brennereien stellen nur 8 pCt. des gesammten Branntweins dar. Diese kleineren Brennereien führen nur eine Scheinexistenz, ihnen kann durch die Steuerdifferenz garnicht geholfen werden, denn sie hätten ja nur 40 M. Steuerdifferenz durchschnittlich. Wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb von diesen 40 M. abhängt, dann ist er doch schon längst nicht mehr haltbar. Die Brenner, welche am meisten aus der Kontingentirung beziehen, sind folgende: ein Badenser 181 000 M., ein Württemberger

---

173] **Am Webstuhl der Zeit.**

Zeitgenössischer Roman in drei Büchern

von A. Otto Walster.

(In neuer vom Verfasser bewirkter Bearbeitung.)

(Nachdruck verboten.)

„Und nun, meine Herren," rief Frank, „sagen Sie mir: was werden Sie, befreit von dieser Stätte der Klage, die bald nicht mehr sein wird, weil die Abschaffung der Schuldhaft der erste und notwendigste Schritt zu humaneren, vernünftigeren und sittlicheren Zuständen sein wird, beginnen? Wer's nicht sagen will, braucht's nicht zu sagen, das versteht sich von selber, und mit dem sind wir dann auch fertig."

„Wenn Herr Mensch als der Erbe von Herrn Seidenspinner will aussetzen für mich und verbürgen 400 Thaler jährlich, so lange ich lebe, will ich geben das Geld für die Unterstützung Ihrer Genossenschaft, so wahr mir Gott helfe, weil ich schon lange daran gedacht habe, etwas zu thun für die Gemeinde der Menschen."

„Schön, Herr Levy, und Ihr Lebensabend wird Ihnen dadurch nur um so friedlicher und tröstlicher erscheinen, was übrigens unser Volksstaat auch denen in Aussicht stellt, die das Resultat ihres Lebens in keiner landesüblichen Münze zum Ausdruck zu bringen vermögen. Wenn Sie sonst Lust haben, etwas Nützliches zu thun, so können Sie Herrn Mandel im Konsumverein unterstützen, weil der jetzt alle Hände voll zu thun hat. Und Sie, Herr Musselich?"

„Ich will, wenn meine Schulden [illegible] Alt sind und ich eine Buchhalterstelle bekommen kann, das Uebrige, was mir bleibt, dem Genossenschafts-Geschäfte leihen, und zwar zu den üblichen Zinsen," erklärte dieser.

„Und mit der Heirat sind Sie einverstanden?"

„Ich habe Ihnen doch mein Jawort schon gegeben, und außerdem thut meine Fanny doch was sie will."

„Schön, schön, und Sie Herr Sommer?"

„Ich bin bereits Genosse und bleibe es mit allem, was ich kann, habe und noch bekommen werde."

„Ganz vortrefflich; und nun bleiben nur Sie noch, Herr Molinaro?"

„Werde ich denn bei Ihrer Genossenschaft auch ein Plätzchen finden können?"

„Bei unserem Genossenschafts-Theater ganz unbedingt."

„Nun, dann verfügen Sie über mich; ich stehe mit meiner Person und dem, was ich besitze, zu Ihrer Verfügung,

Denn wer den Besten seiner Zeit genug
Gethan, der hat gelebt für alle Zeiten!

Aber meinen „Sommernachtstraum" sehen Sie doch heute abend noch an?"

„Er ist wohl abgekürzt?"

„Nach den Bedingungen meiner Bühne, etwa um die Hälfte."

„Wir würden ihn ansehen, und wenn er noch kürzer wäre. Aber, meine Herren, Herr Levy hat eben verschwenderischerweise dem Kollekteur über 600 Thaler in den Beutel gejagt, lassen Sie uns doch auch derer gedenken, die vielleicht noch noch uns in diesen Räumen weilen müssen, bis wir dieses Gespenst der Barbarei aus dem Staate gejagt haben und diese Räume, bis sie gänzlich von der Oberfläche einer freigewordenen Erde verschwunden sein werden, an invalid und unterstützungsbedürftig gewordene Arbeiter als Freiwohnungen abgegeben werden können. Es bleiben uns über die zur Verteilung kommende runde Summe von 60000 Thalern noch etwa 1400 übrig, welche wohl genügen werden, um jeden Sonntag und Freitag ein Faß gutes Bier nebst entsprechendem Imbiß herauf zu schicken. Die Stiftung bleibt natürlich geheim. Will jemand noch etwas Besonderes thun, so thue es's. Ich meinerseits werde auf meine Kosten die Wände weißen und malen, den „Rosengarten" wirklich mit Blumentöpfen versehen und zweckmäßigere Oefen setzen lassen, Oefen mit Kochmaschine, damit so ein armer Inhaftat und späterer Internat sich gelegentlich auch etwas anderes um billiges Geld kochen oder wärmen kann."

„Und ich werde eine kleine Bibliothek stiften," erklärte der Leutnant.

„Ich hinterlasse mein Theater mit Anweisung und Repertoire, den Triangel und die Stücke, Noten und zwanzig Thaler jährlich für Beleuchtung," versicherte der Mime.

„Ich werde stiften zwanzig neue Matratzen mit Decken und Kopfkissen und zwei Dutzend Bettücher und Ueberzüge für Kopfkissen und Decken."

„Bravo, Herr Levy!" rief Frank.

„Und Sie, verehrter Herr Schwiegervater?"

„Machen Sie einen Vorschlag, Herr Frank; aber nicht teuer, denn ich weiß nicht, was mir übrig bleiben wird, wenn alles bezahlt ist."

„Nun, so stiften Sie für jedes Zimmer eine Petroleumlampe, macht 5 Thaler, sowie jährlich einen Zentner Petroleum macht jährlich 10 Thaler, das wird wohl gehen. Und jetzt, Herr Molinaro, machen Sie den „Sommernachtstraum" zurecht, damit wir nach dem Abendessen, welches bald erscheinen wird, sofort zu einem geistigen Genuß übergehen können. Und wenn Sie sich heute abend niederlegen und sind noch im stande, über etwas nachzudenken, so denken Sie über den schönen Vers nach:

Des Lebens Unverstand mit Wehmut zu genießen,
Ist Tugend und Begriff, Vernunft und Sittlichkeit
Und tausend and're schöne Sachen."

Die Geschichte dieses Abends und des darauffolgenden Morgens überlassen wir der Einbildungskraft unserer Leser.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930119-13/fragment/page=0002

160 000 M., ein Schlesier 153 600 M. ein Hannoveraner 144 000 M, ein Sachse 187000 M., ein Bayer 134000 M., ein Hannoveraner 126000 M., ein Badenser 126000 M. Diese 8 Gewerbebetriebe beziehen allein 1¹/₈ Mill. Mark von der Prämie, die übrigen 982 gewerblichen Brennereien beziehen nicht mehr wie jene 8 zusammen. Bei den landwirtschaftlichen Betrieben ist es ähnlich. Da kommen 35 Millionen zur Verteilung. Es bekommen z. B. 7 landwirtschaftliche Betriebe in Bayern, die größten die wir haben, 430000 M.; genau so in Württemberg. Diese sind natürlich mit der Liebesgabe zufrieden, die große Masse der kleinen Brennereien haben gar keinen Vorteil davon, weil der Betrag, der wirklich auf sie fällt, ein außerordentlich geringer ist. Die Landwirte könnten die 40 Millionen Liebesgabe sehr gut brauchen, um nicht in Konkurs zu kommen. Aber wie werden denn die Arbeiter in jenen kartoffelbauenden Gegenden gelohnt und genährt? Die Löhne sind menschenunwürdig. Freilich nach einem in München-Gladbach erschienenen Kochbuch, dem der Abg. Hitze sehr nahe stehen soll, kann man für vier erwachsene Personen mit 10 Pfg. pro Kopf aus 5 Pfund Sauerkraut und dem entsprechenden Quantum von Speck und Kartoffeln ein Mittagmahl herstellen. Allerdings bei den Löhnen, welche in einigen Gegenden gezahlt werden, ist eine andere Ernährung nicht möglich. Wir sind in jeder Beziehung bestrebt, die Landwirtschaft zu unterstützen, wo sie im Interesse der arbeitenden Klassen unterstützt werden muß. Durch die bisherigen Gesetze ist aber nur die Rente der Landwirtschaft erhöht, und der Arbeiter ist gerade in den Gegenden, wo die Liebesgabe hauptsächlich eingeheimst wird, am allererbärmlichsten bezahlt. Die Ernährung der Arbeiter ist dort schlechter als die der Schweine und des Rindviehs. Sie hängen sich stets ein patriotisches Mäntelchen um, aber von einer Entfaltung des wirklichen Patriotismus ist bei den Brennern nichts zu verspüren. Es fällt ihnen nicht ein, bei Mißernten den Betrieb einzuschränken, damit das Volk etwas zu essen hat. Der Patriotismus geht bei allen unseren verehrten Gegnern nur bis an den Geldbeutel. (Sehr richtig links.) Wo der Arbeiter einigermaßen gut genährt ist, verzichtet er auf den Schnaps. Er weiß ebensogut wie die Angehörigen anderer Klassen den Wohlgeschmack eines guten Glases Bier zu schätzen. Aber wo Hungerlöhne gezahlt werden, da haben wir auch die Schnapsvertilgung und in Verbindung damit die Volksverdummung in der krassesten Form. Dort haben wir allerdings auch die willigen und gefügigen Arbeiter, die so ganz nach dem Herzen des Herrn von Stumm und seiner Freunde sind. Wenn wir so boshaft wären, wie man uns immer nachsagt, würden wir nicht einen Finger rühren, um die Beseitigung der Branntweinsteuer herbeizuführen. Es giebt kein besseres Agitationsmittel für uns, als die Branntweinsteuer. Herr v. Stumm und die Branntweinsteuer sind unsere besten Agitatoren. (Heiterkeit) Der Konsum an Trinkbranntwein geht durch eine Erhöhung der Steuer nicht zurück, sonst müßte Rußland mit seiner nächsten Spiritussteuer das genügsamste Land der Welt sein. Mit den amtlichen Zahlen, die bisher angeführt wurden, um den Rückgang des Konsums an Trinkbranntwein zu beweisen, beweisen Sie nichts. Denn im Jahre 1887 waren so bedeutende Läger von Spiritus vorhanden, daß noch bis ins vorige Jahr hinein der Branntwein versetzt wurde. Der Konsum an Trinkbranntwein ist in Deutschland seit 1887 nicht zurückgegangen. Die 160 Millionen, welche auf Grund desselben bisher vom Volke gezahlt wurden, haben in der Hauptsache die Branntweintrinker und die armen Arbeiter bezahlt. Allerdings kann sich der Arbeiter vor den indirekten Steuern schützen, indem er entsprechend weniger konsumiert, aber ein Arbeiter, der in Frost und Kälte arbeitet, kann den Schnaps nicht entbehren. Sorgen Sie (nach rechts) denn dafür, daß ein solcher Arbeiter ein irgendwie geschütztes Obdach vorfindet und etwas Wärmendes bekommt? Nein! (Widerspruch rechts.) In Thüringen und Sachsen können Sie das beobachten. So weit sind die Stützen unserer Gesellschaft heruntergekommen, daß sie sich auf das Delirium des trinkenden Mannes stützen müssen. Sie stützen sich auf den Suff, auf den Großkonsum an Alkohol. Alle Besitzenden werden durch Zölle geschützt und wer noch nichts hat, streckt die Hand vor und sagt: Schenkt mir was! Der kleine Landwirt wird dadurch gegen die Ausschlachtung durch den großen Agrarier, der kleine Brenner durch den großen nicht geschützt. Die Vorlage beabsichtigt in keiner Weise eine höhere Besteuerung der großen Brennereien, obwohl 39 Proz. der gesamten Produktion in den Händen derselben sind. Sorgen Sie für eine Hebung des allgemeinen Notstandes, dann wird allen geholfen sein. Durch die bisherige Gesetzgebung wird aber der Konsum immer mehr zurückgedrängt. Wir beantragen, daß die gesamte Branntweinbesteuerung aufgehoben wird und das Reich sich andere Einnahmequellen verschafft. Vor allen Dingen schädigt das Gesetz die Arbeiter, welche mit denaturiertem Spiritus arbeiten. Dieser macht die Arbeiter krank, wie man schon längst erkannt hat. Aber die Chemie kennt noch kein ungefährliches Mittel der Denaturierung und für das vernünftigste Mittel zur Abhilfe, die Aufhebung der bisherigen Besteuerung, sind Sie nicht zu haben.

Bayerischer Finanzminister v. Riedel protestiert dagegen, daß in Süddeutschland auch sehr große Brennereien seien; die großen Brennereien befänden sich nicht in einer Hand, sondern seien Genossenschaftsbrennereien, die an Stelle vieler kleiner Brennereien getreten seien.

Darauf wird um 5³/₄ Uhr die Weiterberatung bis Dienstag 1 Uhr vertagt; vorher Interpellation des Abgeordneten Brömel, betreffend die Veröffentlichung des amtlichen Warenverzeichnisses.

Aus der Militärkommission. Am Freitag abend fand die zweite Sitzung statt. Man debattierte über die Rede des Reichskanzlers. Zunächst sprach Abg. Richter (freis.): Die politische Lage sei nicht anders als stets bisher, es liege also keine Veranlassung vor zu so bedeutenden Neuschöpfungen. Die deutsche Armee halte an Stärke durchaus den Vergleich mit dem Auslande aus. Es könne nicht darauf ankommen, ob Deutschland die Mehrforderung überhaupt tragen könne, sondern darauf, ob die immer gesteigerten Mehrausgaben nicht schließlich die ganze Kulturentwickelung hindern werden. Er erinnere an die wachsenden Difizite des preußischen Etats. Die Vorschläge seiner Partei seien bekannt: 2jährige Dienstzeit und Erhöhung der Präsenzstärke um den dadurch entstehenden Ausfall. Weitere Verhandlungen hätten gar keinen Zweck, wenn die Regierung auf dem Standpunkte beharre: Die Militärvorlage muß so angenommen werden wie sie ist. Es handle sich dann nur noch um einen Kampf zwischen Militärdespotismus und Parlamentarismus, der je eher je besser durchgefochten werden müsse. — Der Reichskanzler v. Caprivi entgegnet, die Regierung habe die Militärvorlage eingebracht, weil sie dieselbe für nötig halte und werde sie verteidigen, so lange sie könne. Die preußischen Finanzen betreffend, sei die Regierung darüber einig, daß das, was zur Verteidigung des Reiches notwendig, vorhanden sei, resp. aufgebracht werden könne. Er sucht sodann die Einwürfe Richters zurückzuweisen. Nicht die Freude an möglichst viel Soldaten sei das treibende Motiv der Regierung, sie wolle bloß in der Lage sein, einen event. Krieg siegreich führen zu können. Die Kulturentwickelung werde nicht außer Acht gelassen, durch einen unglücklichen Krieg werde dieselbe aber viel mehr in Frage gestellt, als durch die Ausgaben in Friedenszeit. — Abg. v. Stumm (freikons.) stellt sich vollständig auf den Regierungsstandpunkt. Die Mittel müßten eben aufgebracht werden, wenn nicht anders, so dürfe man sogar vor dem Tabaksmonopol nicht zurückschrecken. — Bebel (soz.) weist auf die politische Lage Europas hin. Von Rußland her drohe ohne Zweifel für ganz Europa eine Gefahr. Rußland hat das Bestreben, seine Herrschaft über ganz Europa auszudehnen. Wenn in Rußland eine parlamentarische Regierung entsteht, wenn es die jetzige wirtschaftliche Notlage überwunden haben wird und sich daran macht, seine reichen Hilfsmittel auszunützen, so wird es sicherlich zum Angriff schreiten. Dann wird Europa seine ganzen Kräfte gebrauchen. Deshalb dürfe man nicht jetzt das Volk durch indirekte Steuern erschöpfen. Man müsse mit dem Militarismus brechen und eine die ganze Nation umfassende Volksbewaffnung durchführen. Redner verbreitet sich des Näheren über die Möglichkeit einer derartigen Organisation, durch welche man im stande sei, nicht erst in 24 Jahren 4¹/₂ Millionen aufzustellen, sondern in viel kürzerer Zeit ca. 6 Millionen den Feinden entgegenzustellen. Bebel schließt damit, daß Deutschland absolut nicht in der Lage sei, den mit der jetzigen Vorlage beginnenden Verdyschen Organisationsplan in seinen Konsequenzen durchzuführen, sondern daß nur ein Volksheer in dem Sinne, wie es die Sozialdemokraten vorschlagen, als wirksamstes Wehrsystem Wert habe. Den gegenwärtigen Weg könne man nicht weiter gehen, auch Frankreich könne auf der bisher eingehaltenen Bahn nicht mehr weiter. Mit dem von uns vorgeschlagenen System würde Deutschland im besten Sinne des Wortes an der Spitze Europas stehen. — Reichskanzler v. Caprivi versucht Bebel zu widerlegen. Kriege mit Volksheeren seien die allerteuersten. — Freiherr v. Friesen (kons.) wendet sich ebenfalls gegen Bebel und prophezeit baldigen Krieg. Man müsse daher alles bewilligen, was die Regierung verlangt. Daß die finanzielle Lage Deutschlands neue Steuern nicht gestattet, kann er nicht zugeben. — Die nächste Sitzung der Kommission findet Montag vormittag 10 Uhr statt.

Panama-Prozeß.

Paris, 17. Januar. Die Gerichtsverhandlung in der Panama-Angelegenheit wurde heute mittag 12¹/₂ Uhr eröffnet. Der Zudrang des Publikums war ein weniger zahlreicher.

Der Generalstaatsanwalt Rau begann sein Plaidoyer, in welchem er betonte, daß die Angeklagten ihre Unschuld nicht zu beweisen vermochten; er sehe sich daher veranlaßt, gegen alle Angeklagten, Ferdinand von Lesseps einbegriffen, trotz ihres früheren Ruhmes ein sie entehrendes Urteil, nämlich die Verurteilung zu beantragen. Der Generalstaatsanwalt erhob gegen Ferdinand von Lesseps den Vorwurf, daß er seit Beginn des Panama-Unternehmens mit dem Gelde der Gesellschaft verschwenderisch umgegangen sei und daß er betrügerische Machenschaften angewandt habe, um zur Zeichnung von Obligationen zu verlocken. Ferner wies der Generalstaatsanwalt darauf hin, daß aus dem Gesellschaftsfonds 600 Millionen Franks vergeudet worden seien.

Im weiteren Verlaufe seines Plaidoyers hob der Generalstaatsanwalt hervor, daß für die Verwaltung der Panama-Gesellschaft bedeutende Summen aufgewendet seien, daß die Unternehmer und namentlich Eiffel enorme Vorteile aus den Geschäften gezogen hätten. Die Abmachungen Eiffels mit der Gesellschaft hätten allgemeine Ueberraschung hervorgerufen. Schließlich sprach der Generalstaatsanwalt von den unter dem Namen „Kosten für die Veröffentlichungen" verborgenen Summen.

Hierauf wurde die weitere Verhandlung auf morgen vertagt. (S.-Z.)

Aus Stadt und Land.

Halle a. S., 18. Januar 1893.

Stadtverordneten-Sitzung vom 16. Januar. Vorsitzender: Stadtv.-Vorsteher Gneist. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls letzter Sitzung macht der Vorsitzende Mitteilung vom Eingang einer Petition der Fleischermeister in Giebichenstein, in welcher dieselben darum ersuchen, diesseits von einer nochmaligen Untersuchung des Fleisches abzusehen, falls solches im dortigen Bezirke bereits von einer damit betrauten Person untersucht wurde; oder die Petenten von der Entrichtung einer nochmaligen Untersuchungsgebühr zu entbinden wenn eine Untersuchung bereits stattgefunden hat. Diese Petition wird auf Vorschlag des Vorsitzenden auf 4 Wochen zurückgestellt.

Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten.

1. Neuwahl des Büreaus. Der bisherige Vorstand wird wiedergewählt. Der erste Vorsitzende, Reg.-Rat a. D. Gneist, erhält von 49 Stimmen 26; Stellvertreter bleibt Prof. Dr. Dittenberger, erster Schriftführer: Baumeister Schultz; Stellvertreter: Sanitätsrat Dr. Hüllmann.

2. Die Wahl von mehr als 60 Kommissionen und Deputationen wird erledigt. Ref. Stadtv. Demuth.

Der Vorsitzende teilt den Eingang eines Schriftstücks mit, in welchem sich zwei hiesige Glasermeister, welche Angebote für die Lieferung von Fenstern für die Hinterfront des Ratskellers gemacht haben, darüber beschweren, daß der Zuschlag einem Minderjährigen (19jährigen) erteilt sei. — Das Schreiben wird an die Baukommission verwiesen.

Es wird sodann seitens des Vorsitzenden die Wahl zweier Deputierter zu dem am 30. d. M. in Erfurt stattfindenden Städtetage veranlaßt. Es werden gewählt die Stadtverordneten Steckner und Keil. Seitens des Magistrats beteiligen sich Oberbürgermeister Staude und Bürgermeister Dr. Schmidt.

3. Der Stiftung „Altersheim", Martinsgasse 21/22, werden 519 M. 70 Pf. bewilligt für die durch Tieferlegung des Straßendammes erforderlich gewordenen Aenderungen an der Grundstücksfront. Ref. Stadtv. Heiser.

4. Die Versammlung erteilt den Zuschlag:
   a. bezüglich des an die Handelsgesellschaft J. Lewin für jährlich 9100 M. vermieteten Ladens im Ratskellergebäude an der Ecke Marktplatz und gr. Märkerstraße;
   b. bezüglich des an die Kommanditgesellschaft Conrad Tack u. Co. in Berlin für jährlich 4150 M. vermieteten Ladens Nr. 5 im Ratskeller-Neubau an der Schmeerstraße. Ref. Stadtv. Sachs.

5. Zur Deckung der Ueberschreitungen und des weiteren Bedarfs bis zum Schluß des Rechnungsjahres werden auf den Siechenhaus-Haushaltungsplan 400 M. nachbewilligt. Ref. Stadtv. Demuth.

6. Von dem Finalabschluß der Kämmereikasse und des Anleihekontos pro 1. April 1891/92 wird Kenntnis genommen, die Gesamtüberschreitungen von 130 648.01 M. bei der Kämmereikasse und die auf das Anleihekonto pro 1891/92 verbuchten 1227 M. werden nachbewilligt. Ref. Stadtv. Steckner.

(600 M. Mehrausgabe hat die Verpflegungsanstalt verursacht; es sind 11 000 Personen, gegen 8000 im Vorjahre, also 3000 Personen mehr, verpflegt worden.)

7. Der für Botenlöhne in Steuerangelegenheiten bis zum Schluß des Rechnungsjahres noch erforderliche Bedarf, einschließlich des bereits überschrittenen Betrages von 27.66 M. wird in der Gesamthöhe von 250 M. nachbewilligt. Ref. Stadtv. Demuth.

8. Dem hiesigen Kunstgewerbeverein werden zwecks Errichtung einer kunstgewerblichen Sammlung und einer dauernden Ausstellung auf Widerruf je nach Bedarf nach und nach die Räume des zweiten Stocks des alten Schulgebäudes Poststr. 11 unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Nach den Ausführungen des Ref. Stadtv. Otto empfängt der Verein von seiten der Provinz eine jährliche Unterstützung von 1000 M. und von der Stadt eine solche von 500 M.

9. Die Kosten für den Bau eines Museums, welcher infolge des Schmidt'schen Legates von 100 000 M. geplant worden ist, wovon 50 000 M. zu Wohlthätigkeitszwecken und 50 000 M. zu obigem Bau bestimmt wurden, — sind vom Magistrat auf den Höchstbetrag von 350 000 M. festgesetzt und sind die Zinsen genannter 50 000 M. so lange zum Kapital zu schlagen, bis dasselbe hierdurch oder durch Zuwendungen Dritter event. die genannte Höhe erreicht hat. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden. Ref. Stadtv. Dr. Hüllmann.

Die Versammlung nimmt hiernach noch Kenntnis von der Zurückweisung eines mit dem Hausbesitzer Herrn Herster hier seitens des Magistrats angestrebten Vergleichs.

Zu der Choleranachricht, die am gestrigen Tage bezüglich der Provinzial-Irrenanstalt wie ein Blitz aus heiterem Himmel unsere Stadt durchschwirrte, kann heute die beruhigende Mitteilung gegeben werden, daß es sich nur um Brechdurchfall handelt, der allerdings mit ungewöhnlicher Heftigkeit aufgetreten ist. Die fachmännischen Untersuchungen haben nur das Vorhandensein von Brechdurchfall-Bazillen ergeben. Von den gestern gemeldeten 18 Erkrankungen und 7 Todesfällen sind 4 Erkrankungen und 1 Todesfall auf andere Ursachen zurückzuführen. Während des gestrigen Nachmittages und der Nacht sind noch sieben weitere Todesfälle vorgekommen. Die große Anzahl der schnell und nach sehr kurzer Krankheitsdauer eingetretenen Todesfälle wird dadurch zu erklären versucht, daß die Kranken die Nahrung in großer Hast genossen und nicht verdaut zu haben scheinen; doch dürfte eine derartige fadenscheinige Argumentation nur sehr wenig Glauben finden.

Stadttheater. („Faust", I. Teil.) Von allen Bearbeitern der alten Sage des Dr. Faust der Reformationszeit, den „weitbeschreyten Zauberer und Schwarzkünstler", hat doch nur Goethe allein den gewaltigen Stoff mit genialstem Griffe erfaßt und ihn zu bezwingen und zu läutern vermocht. Er war es, der den ganzen Reichtum der Sage zu einem reichen Leben erblühen ließ. Seinen „Faust" erschuf er im Gegensatz zu dem des Mittelalters als den Träger der siegenden Menschheit. Aber wie der Held selbst, so atmet auch alles übrige zur dramatischen Ausführung dieses Ideengehaltes Erforderliche das echteste, sinnlichste Leben; denn was zur Förderung des seelischen Prozesses des Faust gehört — seien es über- oder unterirdische Mächte — sind keine bloßen Gedankenschöpfungen, sondern es sind Wesen, an die man glauben kann, es sind Charaktere. Dies ist eben Goethes echt künstlerische Art, nicht für ein Allgemeines das Besondere zu suchen, sondern das vorhandene Besondere zu allgemeiner symbolischer Bedeutung zu erheben. Das Titanentum des Goetheschen „Faust" ist das idealistische der Welt und wird es bleiben. Bildet auch die Dichtung ein undramatisches Ganzes, so ist doch der Erfolg der Aufführung stets ein großer und nichts wird diese herrliche Siegeslaufbahn hemmen können. — Wie schwierig die Inszenierung des „Faust" auch sein mag und wie groß die Anforderungen sind, die an die Darsteller der Hauptrollen gestellt werden, ist doch mit Freuden zu berichten, daß die gestrige Aufführung eine durchweg gut vorbereitete war. Zu den letzten großen Opernaufführungen bildet im Schauspiel die Faust-Aufführung ein würdiges Gegenstück und mit Recht gebührt dafür den Künstlern wie der Direktion gleiche Anerkennung und Worte des Lobes. Von den verschiedenen schönen Einzelleistungen seien nur hier kurz erwähnt: Hr. Rinald als „Faust", Frau Rinald-Pauli als „Margarethe" und Hr. Schmidt Häßler als „Mephistopheles", jedoch hätte letzterer seinem schalkhaften „Satansmeister" nicht gar zu viel komische Züge verleihen müssen. Reicher Beifall und Blumenspenden wurden diesen Künstlern zu teil. — Bei weiteren Aufführungen wird notwendigerweise eine größere Kürzung der Dichtung erfolgen müssen, um nicht wieder die Vorstellung bis weit über die Mitternachtsstunde auszudehnen. Unbeschadet könnte die Streichung des Vorspiels erfolgen. Der großartige und nachhaltigen Eindruck erregende Prolog im Himmel mag hingegen auch fernerhin beibehalten werden, obwohl er bei der Aufführung des ersten Teiles allein mit dem Abschluß — Kerkerszene — im Widerspruch steht.

Walhallatheater. Auch der gegenwärtige Spielplan dieser Bühne bietet eine Reihe hochinteressanter Nummern. Vor allem die jugendliche Equilibristin Miß-Selma erwirbt sich durch ihre bewundernswürdigen Leistungen in denkbar möglichen Körperbalancekünsten auf hängendem Drahtseil ungeteilten Beifall; dasselbe ist zu sagen von den großen Mut und Sicherheit beweisenden equilibristischen und gymnastischen Uebungen des Mr. Famera Rigoli auf beängstigend hoher Pyramide. Unter dem Namen Dorina-Truppe produzieren sich hier zwei Künstler im Verein mit einer Dame aufs vorteilhafteste als Gymnastiker an römischen Ringen; besonders ansprechend sind die graziösen Schwebeübungen am senkrechten Tau. Die Brothers Matthes führen unter der Bezeichnung „chinesische Knabenspiele" vorzügliche und äußerst überraschende gymnastische Kunstleistungen aus, während die aus vorigem Spielplan verbliebene Hugoston-Truppe durch ihre ausgezeichneten Leistungen als Parterre-Akrobaten ihrem Ruf Ehre machen. Die Balletgesellschaft „Excelsior", aus 8 Damen bestehend, gewinnt durch ihre hübsch durchdachten und dezent gehaltenen Solo- und Ensemble-Tänze die lebhafteste Anerkennung; die Solotänzerin Frl. Kunschmann ist eine vorzügliche Fußspitzen-Virtuosin. — Der gesangliche Teil des Programms wird durch die gleichfalls aus vorigem Spielplan verbliebene Kostümsoubrette Frl. Wilhelma in nicht jedermann zusagender pikantester, — durch den ungewöhnlich stimmbegabten sangesgeschulten Humoristen Herrn Ewald Schlosser in angenehm überraschender Weise vertreten. Des letzteren Kouplets sind originell, zeitgemäß, politisch und lokal sehr treffend, wie z. B. „Die Monopole" und „Der gute Rat".

Erhängt hat sich gestern früh zwischen 6 und 7 Uhr das bei dem Fleischermeister T in der Georgstraße in Stellung befindliche Dienstmädchen Minna B. Der Lehrling des Herrn T., welcher das Mädchen am Morgen wecken sollte, fand die Schlafkammerthür verschlossen und das Licht brennend. Nach Herbeirufen des Meisters und Oeffnen der Thür wurde die kurz vorher geschehene That, allerdings etwas zu spät, um noch Hilfe bringen zu können, entdeckt. Ueber die Motive zu der That ist nichts bekannt.

Sterbefälle in Halle vom 8. bis 14. Januar 1893. Es starben an: Herzerweiterung 1, Schwäche 2, Masern 1, Lungenschwindsucht 6, Herzleiden 1, Herzschlag 1, Rippenfellentzündung 1, Wassersucht 1, Leberkrebs 1, Lungenentzündung 6, Rhachitis und Abzehrung 1, Krämpfen 1, Altersschwäche 5, Brustfellentzündung 1, Herzlähmung 1, Herzklappenfehler und Tuberkulose 1, den Folgen eines Schenkelhalsbruches 1, Magenkrebs 1, Lungenerweiterung 1, Darmverfall 1, Selbstmord 1, Rückenmarksleiden 1, Diphtherie 1, Darmperforation 1, Luftröhrenentzündung 1, Kroup 2, eingeklemmtem Bruch 1, Lungenkatarrh 1, Gehirnerweichung 1, Atrophie 1, entzündl. Bronchialkatarrh 1, Darmkrebs 1, Magen- und Darmkatarrh 1, Durchfall 1, Entkräftung nach Keuchhusten 1, Zuckerkrankheit 1, Schlaganfall 1, Delirium tremens mit akuter Dickdarmentzündung 1, in Summa also 54 Personen. — Darunter befinden sich 5 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

Ende März verlege ich aus meinem Geschäftshause die Abteilung für Damen- und Mädchen-Konfektion nach dem **Ratskeller-Neubau,** weshalb die noch vorrätigen, gut sortierten

Jacketts, Capes, Mäntel, Visites und Räder

in meinem Total-Ausverkauf zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden.

J. Lewin

Halle (Saale), Marktplatz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930119-13/fragment/page=0003

ist mit Quellenangabe aus dem „Vorwärts" ...

Oeffentliche Bauhandwerker-Versammlungen, zu denen auch die Arbeiter anderer Berufe Zutritt haben, finden am nächsten Sonntag für Dölau, Lettin und Lieskau in Dölau im Lokale „Zur Dölauer Heide", sowie für Oppin und Umgegend in Oppin im Lokale des Herrn Schmidt statt. In beiden Versammlungen steht die an Ausdehnung immer mehr zunehmende wirtschaftliche Krise auf der Tagesordnung und dürfte in anbetracht dieser geradezu brennend gewordenen Frage ein der Sache entsprechender zahlreicher Besuch zu erwarten sein.

In Friedrichs-Schwerz fand am Sonntag den 15. Jan. eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, welche trotz der starken Kälte sehr gut besucht war. Auch aus dem Nachbardorfe Brachwitz war eine ziemliche Anzahl Besucher erschienen. Genosse Emmer referierte über die wirtschaftliche Krise im allgemeinen, den Fortschritt in der Maschinentechnik und wies darauf hin, daß wir vorzüglich durch den letzteren zu leiden hätten, weil bei jeder Verbesserung einer Maschine wieder Arbeiter auf die Straße geworfen werden. Von Genosse Dittmar wurden in der Diskussion noch verschiedene Punkte ergänzt und kam letzterer vorzüglich auf die hiesigen Verhältnisse zu sprechen und daß eine Verbesserung unserer Lage nur in einer straffen Organisation zu suchen sei. Redner forderte die Anwesenden auf, sich zu organisieren und gleichzeitig die Presse am Orte, das „Volksblatt" zu lesen, weil es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, auch die Arbeiterpresse zu unterstützen Von Genosse Westerburg wurde zuletzt noch der Magdeburger Bierboykott erwähnt und auch die Namen der Brauereien verlesen, damit jeder wisse, was er zu thun hat, wenn er in Lokale kommt, wo es das boykottierte Bier giebt. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 15. Januar in Friedrichs-Schwerz tagende Bauhandwerkerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, voll und ganz für die Arbeitersache einzutreten, damit immer neue Streiter in die Reihen der Sozialdemokratie eintreten und diese endlich zum Siege gelangt". Darauf schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die gut verlaufene Versammlung. Welchen Eindruck dieselbe gemacht hat, geht daraus hervor, daß von vielen der Anwesenden der Wunsch geäußert wurde, recht bald wieder eine Versammlung zu veranstalten. Zu bemerken ist noch, daß die von Halle und Giebichenstein anwesenden Genossen sich nicht gescheut hatten, den Weg durch den tiefen Schnee zu machen und wurde ihrerseits bei ca. 18 Grad Kälte der Heimweg angetreten.

In Teutschenthal sprach am vergangenen Sonntag Genosse Mittag über das Thema: „Die Korruption der bürgerlichen Gesellschaft und die Sozialdemokratie." Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Genosse Krüger bekannt, daß das in Aussicht genommene Eintrittsgeld von 10 Pfennig pro Mann, also ein bestimmter Satz, seitens des Amtsvorstehers nicht gestattet wurde, trotzdem dieses ein Recht und überhaupt nicht gestattet zu werden brauche. Es sei nach dieser Richtung Beschwerde geführt, und werde diese bis in die höchsten Instanzen verfolgt werden. Darauf meldete sich der zur Ueberwachung anwesende Amtsvorsteher und entgegnete, daß er bisher eine aus einer falschen Ansicht des Landrats hervorgegangene Instruktion zu befolgen gehabt habe, und daß diese Ansicht sich jetzt geändert, das Eintrittsgeld also gestattet sei. Er müsse sich wundern, daß der Einberufer Jähnig dem Vorsitzenden dies nicht mitgeteilt habe, da er, der Amtsvorsteher, doch schon seit Sonnabend mittag darüber unterrichtet sei. Genosse Krüger antwortete ihm, daß an Jähnig noch keine Nachricht gelangt sei. (Es kann hier gleich mit angeführt werden, daß der Bescheid vom Landratsamt in Eisleben an Jähnig laut Poststempel erst am Montag abend abgesandt und am Dienstag früh in dessen Hände gelangt ist. Aus dem Schreiben ist übrigens ersichtlich, daß der Amtsvorsteher, die auf diesen Gegenstand bezügliche Instruktion falsch aufgefaßt hat, und dürfte nun selbiger auch für Teutschenthal endgültig entschieden sein.) Nach Uebergang zur Tagesordnung erhielt Genosse Mittag das Wort zu seinem Vortrage. Redner besprach in erschöpfender Weise die Verdorbenheit der Bourgoisie, die ihre eigenen Gebrechen der Arbeiterpartei an die Rockschöße zu hängen suche, und dabei selbst, namentlich auf dem Gebiete der freien Liebe, eine bodenlose Versumpfung gezeitigt habe. Weiter erörterte der Referent den Panamaschwindel und die aus der Vergangenheit noch in bester Erinnerung befindlichen Stempelerlasse, die Welfenfondsquittungen u. s. w., wobei ihm durch den wiederholten Beifall der Versammlung deren Zustimmung kundgethan wurde. Nach Erledigung des Vortrages wurde in anbetracht der Erklärung des Amtsvorstehers die Einnahme des Eintrittsgeldes nachgeholt und dann in die Diskussion eingetreten, in welcher Genosse Krüger in längeren Ausführungen und in zustimmendem Sinne den Vortrag besprach, worauf nach einem Schlußwort des Referenten die gut verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationalie Sozialdemokratie geschlossen wurde.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle. Vor der 3. Strafkammer wurde am 16. Januar außer den in voriger Nummer schon gemeldeten Fällen noch verhandelt, und zwar unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, gegen den 48jährigen Schuhmacher Friedrich Rudolf Hermann Pabst von hier, geb. zu Sangerhausen, und gegen dessen Stieftochter, die 19jährige Martha Mai von hier, geb. zu Arnstedt. Beide wurden des Vergehens gegen § 173 Str.-G.-B. (Blutschande) für schuldig befunden und deshalb Pabst zu 1 Jahr und die Mai zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem erhielt letztere noch 6 Wochen Haft wegen Beiseiteschaffung einer Kindesleiche. Den Gegenstand der Anklage bildete jenes Aufsehen erregende Vorkommnis in der Wuchererstraße, worüber wir seinerzeit ausführlich berichtet haben.

Halle, 17 Januar. (Schöffengerichtssitzung.) Ein eigenartiger Fall Nahrungsmittelfälschung lag der Strafsache des 38jährigen Kaufmanns Eduard Albrecht Gottschalk von hier, geb. zu Eisleben, zu grunde. Derselbe wurde beschuldigt, im Oktober v. J. Genußmittel, nämlich Zimmet, verfälscht und zum Zwecke der Täuschung in den Verkehr gebracht zu haben. Der Angeklagte wollte mit Verfälschung jenes Gewürzes nur eine gute Absicht gehabt haben. Er hatte nämlich — es war zur Cholerazeit im Oktober — 1 Pfd. sehr starken Zimmet in Besitz, über dessen Schärfe sich seine Käufer des öfteren beschwerten. Um nun dem Wunsche seiner Kundschaft gerecht zu werden, hatte er nach seiner Angabe einige Stück harten Zwieback gemahlen und das hieraus gewonnene Mehl mit dem scharfen Zimmet vermischt, wodurch jenes Gewürz bedeutend milder geworden sei. Diese Versetzung des Zimmet mit Zwiebackmehl habe er, ohne sich etwas dabei zu denken, auch seinem Hauswirt mitgeteilt, der dann die Sache zur Anzeige gebracht. Der Chemiker Herr Dr. Teuchert hat dann jenes Fabrikat untersucht und festgestellt, daß der Zimmet nicht mit Zwieback sondern mit Gries vermischt war. Der Angeklagte blieb aber bei seiner Angabe, trotzdem der als Sachverständiger geladene Dr. Teuchert in heutiger Verhandlung den Zimmet nochmals untersuchte und bekundete, daß derselbe mit etwa 25 Proz. Gries vermischt sei. Die Staatsanwaltschaft meinte, daß es in Beziehung auf die Strafthat des Angeklagten ganz egal sei, ob eine Vermischung mit Zwiebackmehl oder mit Gries stattgefunden habe; eine Verfälschung liege vor, weshalb eine Geldstrafe von 20 M. ev. 4 Tagen Gefängnis angemessen erscheine. Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten des Vergehens gegen § 10 Abs. 1 des Nahrungsmittelgesetzes für überführt und erkannte dem Strafantrag gemäß. Nach dem Urteil hatte der Angeklagte, auch wenn von einigen Kunden Beschwerden über die Schärfe des Zimmet eingelaufen waren, kein Recht, denselben zu vermischen, da die Käufer, wenn sie Zimmet fordern, damit reinen Zimmet und kein Zwiebackmehl verlangen.

Büchertisch.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892. 304 Seiten 8°, elegant geheftet. Preis 50 Pf. Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt, Berlin SW., Beuthstraße 2.

Das „Protokoll" des Berliner Parteitages enthält das Programm der Partei in der Erfurter Fassung, ferner das Organisationsstatut seinem neuesten Wortlaute nach, also mit den angenommenen Abänderungen. Daran schließen sich die Vorlagen an den Parteitag, bestehend aus den Anträgen aus den Kreisen der Parteigenossen, dem Bericht des Parteivorstandes, und derjenige der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über ihre parlamentarische Thätigkeit von 1891/92. Dann folgt das eigentliche „Protokoll". Die Verhandlungen sind nach der stenographischen Aufnahme wiedergegeben. Wegen ihrer praktischen Bedeutung erheben dieselben den Anspruch des lebendigsten Interesses seitens aller Parteigenossen. Die zur Sprache gekommenen Verwaltungs-Angelegenheiten und sonstigen Geschäfte der Partei, die strenge, vom Standpunkte unserer Prinzipien aus geübte Kritik und Selbstkritik, haben bewiesen, daß wir, ohne uns zu schaden, alle unsere Verhältnisse vor der Oeffentlichkeit besprechen können. Die Kenntnis der Verhandlungen ist daher jedem Parteigenossen notwendig. Zur Orientierung sind noch Präsenzliste und Sachregister angefügt.

In Rücksicht auf den hohen agitatorischen Wert und die dadurch wünschenswerte Massenverbreitung ist der Verkaufspreis auf 50 Pf. bei sorgfältiger, geschmackvoller Ausstattung festgesetzt.

Briefkasten der Redaktion.

J. B., Delitzsch. Die leibliche Mutter würde allerdings für ihre Tochter aufzukommen haben, doch nur in dem Falle, wenn seitens der klägerischen Partei nachgewiesen wird, daß das Mädchen die Sachen notwendig gebraucht hat, was im vorliegenden Falle wohl nicht so leicht sein dürfte.

G. K., Zappendorf. Das Recht, Klage einzureichen, haben Sie allerdings; der Erfolg bildet wieder eine andere Frage. Nach § 230 Abs. 2 der Zivilprozßordnung muß eine Klage enthalten: die bestimmte Angabe des Gegenstandes und den Grund des erhobenen Anspruchs, sowie einen bestimmten Antrag. Diesen Bestimmungen hat Ihre beim Amtsgericht in Wettin eingereichte Klage wohl nicht entsprochen und erfolgte deshalb Abweisung. Wenn Sie nicht nachweisen können, daß Sie deshalb keine Arbeit bekommen konnten, weil Sie die Papiere nicht hatten, so dürfte auf Erfolg kaum zu rechnen sein.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 17. Januar.

Geboren: Dem Handarbeiter Otto Mielke eine T., Minna Emma (Dorotheenstraße 14). Dem Fabrikarbeiter Johann Wagner eine T., Anna Margarethe Hedwig (Ludwigstraße 29). Dem Müller Otto Gäbler ein S., Gustav Georg (Georgstraße 9). Dem Handarbeiter Albert Heese eine T., Minna Elsa (Kaiserstraße 1). Dem Musiker Hermann Hamel ein S., Karl August (Taubenstraße 1). Dem Rechtsanwalt Dr. Georg Pursche eine T., Margarethe Martha (Händelstraße 23). Dem Eisenbahnstationsassistent Gottlieb Bartling eine T., Luise Emma Ella (Niemeyerstraße 27). Dem Fabrikarbeiter August Henning gen. Koch eine T., Elsa (Breitestraße 18). Dem Hausdiener Karl Hesse ein S., Karl Paul (kl. Sandberg 15). Dem Bahnwärter Richard Zander eine T., Johanne Luise (Wuchererstraße 20). Dem Klempner Max Eckardt eine T., Hedwig Bertha (Schwetschkestraße 25). Dem Handarbeiter Richard Stöber ein S., Willy Otto (Saalberg 9). Dem Fabrikarbeiter Theodor Müller eine T., Emma Elsbeth (Unterplan 15) Dem Lackierer Otto Wurzler ein S., Otto Karl Friedrich (Wuchererstraße 73). Dem Zimmermann Ferdinand Hirsch ein S., Otto Adolf Hermann (gr. Wallstraße 40). Dem Handarbeiter Gustav Rosche eine T., Bertha Lina (Raffineriestraße 26). Ein unehel. S. Eine unehel. T.

Gestorben: Josephine v. Haußen, 50 J. (Sophienstraße 22). Der Zigarrenmacher Friedrich Köhler, 63 J. (kl. Schloßgasse 4) Des verst Handarbeiter Friedrich Lönnig T. Martha, 1 J. (Mühlberg 6.)

Inserate

für das „Volksblatt" werden angenommen bei
Albert Sanow, Zigarrenhandlung, Geiststr. (Weißes Roß).
Ebeling, Zigarrenhandlung, Alte Promenade 28.
Paul Deutschmann, Viktualienhandlung, Oberglaucha 30.
F. R. Zimmermann, Zigarrenhandlung, Steinweg 45.
Otto Mittag, Materialwarenhandlung, Giebichenstein, Hohestraße und Advokatenstraßen-Ecke.

Für die Redaktion verantwortlich:
für den politischen Teil, Feuilleton u. s. w. **Richard Illge** in Halle,
für den lokalen Teil: **Karl Krüger** in Halle.

Sozialdemokratischer Verein für Giebichenstein, Kröllwitz und Trotha.

Donnerstag den 19. Januar abends 8 Uhr in Trebes Gesellschaftshaus, Brunnenstraße

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Stellung der Regierung zur Notstandsinterpellation im Reichstage. Ref. Genosse Illge. 2. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 3. Neuwahl der Revisoren und Verschiedenes.

Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Für diesen Abend gelangt **Bauersches Bier** zum Ausschank.

Der billige Mann aus Bayern
macht auf seinen
Ausverkauf aller Sorten Korbwaren
aufmerksam.
ca. 3000 Stück verschiedene Größen in Markt- sowie Fantasie-Körben und ein großer Posten Konditorkörbe.
In allen anderen Sachen dieser Branche größte Auswahl.
Wiederverkäufern bedeutenden Rabatt.
Andreas Knäblein, große Ulrichstr. 20,
Korbwarenfabrik in Bayern.

2 polierte Bettstellen mit Matratzen,
1 lackierten Kleiderschrank zum Auseinandernehmen,
1 Küchenschrank und Nußbaum-Kommoden
verkauft billig **J. Grothe, Geiststraße 50.**

Hiermit bringe zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich **Merseburgerstraße 161 Ecke König- und Merseburgerstraße** eine
Filiale meiner Spezial-Zigarrenhandlung
eingerichtet habe und wird es mein eifrigstes Bestreben sein, auch dort durch reelle und preiswerte Ware mein Renommee zu wahren. Durch vorteilhaften Einkauf bin ich im stande, gerade in 4 und 5 Pf.-Zigarren Vorzügliches zu liefern und garantiere schon mit 3 Pf. für rein überseeische Tabake.
Indem ich speziell dem geschätzten Arbeiterpublikum mein Unternehmen geneigter Beachtung empfehle zeichne
Hochachtungsvoll
Franz Strempel,
Hauptgeschäft: Alte Promenade 23 (früher 16b).
Filiale: Ecke König- und Merseburgerstraße.

Nähmaschinen
zu Fabrikpreisen,
Reparaturen
prompt und billig.
H. Schöning, Mechaniker,
Dachritzgasse 1, 1 Tr.

Gutes Roggenbrot empf. die Bäckerei Friedrichstraße 20 am Friedrichpl.

Herren-Garderobe wird gut u. billig ausgebessert großer Berlin 5, 1 Tr.

Kohlenanzünder
empfehlen
E. Walthers Nachf.
Moritzzwinger 1. Steinweg 28.

Böttcherspäne in Fuhren und Körben Kutschgasse 3.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Mittwoch den 18. Januar
122. Vorst. — 97. Ab.-Vorst. Farbe **weiß.**
Anfang 7¼ Uhr. — Ende 10½ Uhr.
Die Puppenfee.
Pantomimisches Ballet-Divertissement in 1 Akt von J. Haßreiter und F. Gaul.
Musik von Joseph Bayer.
Hierauf:
Undine.
Romant. Zauberoper in 4 Akten v. Lortzing

Donnerstag den 19. Januar.
123. Vorst — 98. Ab.-Vorst. — Farbe **rot.**
Anfang 7¼ Uhr. — Ende nach ½10 Uhr.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von Franz und Paul von Schönthan.
Personen:
Martin Gollwitz, Professor . . . H. Schreiner.
Friederike, dessen Frau . . . de la Chapelle.
Paula, deren Tochter . . . Fanny König.
Dr. Neumeister . . . . Curt Vogel.
Marianne, seine Frau . . . Elisab. Greve.
Karl Groß . . . . . . Edmund Doß.
Emil Groß, genannt Sterneck, dessen Sohn . . . . . Ewald Bach.
Emanuel Striese, Theaterdir. Schmidt Häßler
Rosa, Dienstmädch. b. Gollwitz Emilie Friedau
Auguste, „ b. Neumeister Rosa Einödber.
Meißner, Schuldiener . . Heinrich Behr.
Ort der Handlung: Eine kleine deutsche Stadt. Zeit: Gegenwart.
Nach dem 2. Akte Pause.

Freitag den 20. Januar
124. Vorst. — 99. Ab.-Vorst. Farbe **blau.**
Götterdämmerung.
Dritter Tag aus der Trilogie: „Der Ring des Nibelungen" in 3 Aufzügen und einem Vorspiel von Richard Wagner.

Empfehle Freunden und Genossen mein
Viktualien- und Flaschenbiergeschäft.
Donnerstag d. 19 Jan.

Schlachtefest
Karl Emmrich,
Streiberstraße 35/36.

Bringe Freunden und Bekannten mein
Viktualien- und Flaschenbier-Geschäft
in empfehlende Erinnerung.
Karl Hädrich, 5. Vereinsstr. 9.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan!
Die **Ballet-Gesellschaft „Excelsior"** (acht Damen). — Mr. **Famera Rigolt,** Equilibrist auf der arabischen Pyramide. — Das **Dorina-Trio,** Bravour-Gymnastiker an den römischen Ringen. — **Brothers Matthes** mit ihren chinesischen Knabenspielen. — Miß **Selma,** Equilibristin auf dem schlaffen Drahtseil. — Die **Hugoston-Truppe,** Bravourparterre-Akrobaten. — Frl. **Wilhelma,** Kostüm-Soubrette. — Herr **Karl Ewald Schlosser,** Gesangs- und Tanz-Humorist.
Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concordia-Theater
Geiststraße.
Mittwoch
Die Anna-Lise.
Im Restaurant
großes Doppel-Konzert
von 2 Kapellen
der ungarischen National-Kapelle „Kiß Ber"
sowie der spanischen Mandolinen-Gesellschaft „Serenata" (3 Damen und 1 Herr)
bei freiem Entrée.

Restaurant zum Wasserturm.
Erlaube mir meine werten Gäste sowie auch Nachbarschaft zu meinem
Einzug
heute Donnerstag einzuladen. Um gütigen Zuspruch bittet Achtungsvoll
Karl Platzer.

Schwarzbrot
sehr groß und kräftig, 1. u. 2. Sorte empf.
Otto Hänel,
Karlstraße 1.

Masken-Strümpfe, Theater-Trikots
in großartigster Auswahl zu billigsten Preisen
empfiehlt
Julius Bacher
Halle a. S.
Leipzigerstrasse 12/13
Ecke kleiner Sandberg.

Achtung.
Zur Aufnahme von Klagen, sowie allen infolge einer Klage erforderlichen Schriftsätzen, Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, als Verträgen 2c. sowie sonstigen vor die ordentliche Gerichte gehörigen Sachen, empfiehlt sich unter Garantie für sachgemäße Bearbeitung
Herzfelds Zentral-Büreau, Halle a. S.
Durch Verbindung mit einem älteren, erfahrenen juristischen Mitarbeiter bin ich nunmehr in der Lage für durchaus gründliche Bearbeitung aller dahin gehender Aufträge voll und ganz garantieren zu können. Sprechstunden 9—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm. in meinem Büreau Lindenstraße 56 (früher 1a).

Gegen aufgesprungene Hände
empfiehlt
Lanolincrême, Vaseline, Glycerin, Coldcrême.
F. A. Patz, gr. Ulrichstr. 10 (neben Mars-la-Tour).

Denat. Spiritus à Liter 30 Pf.
Georg Zeising, Kleinschmieden.

I. Lederfett à Dose 10 ₰.
Georg Zeising.

Dampfschleiferei u. Messerfabr.
Hermann Müller
Nikolaistr. 10, neben der Forelle.
Lager von Taschen-, Tischmesser u. Scheren.

2 Hundewagen zu verkaufen
Otto Franke, Löbejün.

Mehlreiche Speise- u. Salatkartoffeln empfiehlt **Stein,** Hallgasse 2, Keller.

1 Zughund zu verkaufen Schillerstr. 28 Hof part. rechts.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930119-13/fragment/page=0004